

Saarländisches Sozialministerium stellt Pflegeinfrastrukturbericht vor

Pflege zukunftssicher gestalten

Mit dem Anfang Juni vorgestellten Pflegeinfrastrukturbericht legt das Saarland erstmals eine umfassende Bestandsaufnahme der pflegerischen Versorgungsstrukturen im Land vor und schafft damit eine wichtige Grundlage für zukünftige politische Entscheidungen.

Nach den Erkenntnissen des Pflegeinfrastrukturberichts wird die Zahl der über 75-Jährigen im Saarland bis zum Jahr 2040 um rund 25 Prozent steigen – von 116.400 Personen im Jahr 2021 auf etwa 159.300 Menschen. Damit wächst auch der Bedarf an pflegerischer Versorgung und unterstützenden Angeboten erheblich. Die Zahl älterer Menschen nimmt also kontinuierlich zu, während gleichzeitig die Gewinnung von Fachkräften eine der größten Herausforderungen für das Gesundheits- und Pflegesystem bleibt.

Gleichzeitig wünschen sich die meisten pflegebedürftigen Menschen, möglichst lange in ihrem vertrauten häuslichen Umfeld versorgt zu werden. Der ambulanten und häuslichen Pflege kommt deshalb eine Schlüsselrolle bei der zukünftigen Versorgung zu.

Steigende Eigenanteile in der stationären Pflege belasten viele Betroffene und ihre Familien zunehmend. „Das Saarland setzt sich für einen sogenannten Pflegedeckel ein, der die Eigenanteile in der stationären Pflege wirksam begrenzt und mehr Planungssicherheit für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen schafft“, erklärt der saarländische Gesundheitsminister Magnus Jung (SPD).

Die zentralen Ergebnisse der Studie

- Die häusliche Pflege wird künftig weiter an Bedeutung gewinnen.
- Im ambulanten Bereich besteht grundsätzlich ein flächendeckendes Versorgungsnetz.
- Die Zahl der Altenpflegekräfte hat sich zwischen 2011 und 2021 zwar verdoppelt, ein struktureller Personal- aufbau konnte jedoch bislang nicht erreicht werden.
- Die Zahl der zu versorgenden Personen pro Pflegedienst steigt kontinuierlich.
- Besonderer Handlungsbedarf besteht im Bereich der jungen Pflege.
- Pflegeeinrichtungen gelingt es überwiegend, ihre Auszubildenden langfristig an die jeweiligen Versorgungsberei-



Foto: alvaro / Adobe Stock

Durch den Pflegekräftemangel ist es wichtig, Auszubildende aus aller Welt für den Beruf zu gewinnen und auszubilden.

- Viele Einrichtungen bewerten die Zahl der Ausbildungsplätze als ausreichend, verzeichnen jedoch zu wenige Bewerbungen.
- Die internationale Fachkräftegewinnung spielt bislang noch nicht in allen Einrichtungen eine zentrale Rolle.

Spezielle Initiativen der Landesregierung

Die Landesregierung hat die Stärkung der Pflege bereits zu Beginn der Legislaturperiode zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Zunächst wurde eine eigene Stabsstelle eingerichtet, aus der inzwischen eine Fachabteilung für Pflege im Gesundheitsministerium hervorgegangen ist, die bereits vorhandene Referate zentral bündelt. Mit der Konzierten Aktion Pflege Saar (KAP Saar) wurde ein landesweites Netzwerk geschaffen, das mittlerweile mehr als 360 Akteurinnen und Akteure aus Pflege, Gesundheitswesen, Wissenschaft, Verbänden und Verwaltung zusammenführt. Ziel ist es, die pflegerische Versorgung nachhaltig zu stärken und bis 2030 insgesamt 4.000 zusätzliche Pflegekräfte für das Saarland zu gewinnen.

Mit dem Programm „Saar66“ setzt das Saarland daneben auf Gesundheitsförderung, Bewegung, soziale Teilhabe und frühzeitige Unterstützung für Seniorinnen und Senioren. Ziel ist es, Menschen dabei zu unterstützen, möglichst lange selbst-

bestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben zu können. „Jeder Monat und jedes Jahr, in dem Menschen länger selbstständig leben können, ist ein Gewinn – für die Betroffenen selbst, für ihre Angehörigen und für unser Gesundheitssystem insgesamt“, betonte der Minister.

Es stehen erhebliche Herausforderungen bevor

Der Pflegeinfrastrukturbericht macht deutlich, dass das Saarland in vielen Bereichen bereits gut aufgestellt ist, zugleich aber vor erheblichen Herausforderungen steht. Die gewonnenen Erkenntnisse liefern eine wichtige Grundlage, um die pflegerische Versorgung im Land vorausschauend weiterzuentwickeln. *Quelle: Saarländisches Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit*



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Im hohen Alter sind viele im Alltag auf Hilfe angewiesen..

Editorial

Liebe Mitglieder,

Ich hoffe doch sehr, dass eine halbwegs erfolgreiche Fußball-WM aus deutscher Sicht einen Beitrag leisten kann gegen den Zustand permanenter negativer Erregung, in dem wir leben. Was früher als lästige Ausnahme galt, ist heute für viele zum Grundmodus geworden: Gereiztheit, Überforderung, das ständige Gefühl, nur noch einen kleinen Anlass vom nächsten Wutausbruch entfernt zu sein.



Norbert Weber

Der Ärger, so berechtigt er oft sein mag, verändert die Wirklichkeit nicht. Er beschleunigt keinen Zug, löst keinen Stau und verbessert kein Miteinander. Auch bei „Mensch ärgere Dich nicht“ bringt einen der Frustanfall mitnichten schneller zum Sieg. Im Gegenteil: Wer sich immer wieder in Wut und Frust hineinsteigert, schadet nicht nur seinen Beziehungen, sondern auch sich selbst. Stresshormone werden ausgeschüttet, Herz und Kreislauf werden belastet, auf Dauer können sich sogar Gehirnstrukturen verändern.

Hierzu gehört auch Ungeduld, vor allem, wenn es nicht schnell genug geht. Aus Ungeduld wird Frust und der entstehende Ärger wird oft genug an denen abgeladen, die am wenigsten Schuld an der Situation haben. Denn was auf der Strecke bleibt, ist ein vernünftiges, tolerierendes Miteinander für die Menschen.

*Deutschland hat mit 233 Einwohner*innen pro Quadratkilometer die höchste Bevölkerungsdichte in Europa. In Rheinland-Pfalz sind es 208 Einwohner*innen und im Saarland zählte man 392 Einwohner*innen pro Quadratkilometer. In Frankreich sind es dagegen nur 105 Einwohner*innen pro Quadratkilometer. Die hohe Bevölkerungsdichte stellt Deutschland im Zusammenhang mit der demoskopischen Entwicklung vor große Herausforderungen.*

In unserem Nachbarland Schweiz wurde über die „Zehn-Millionen-Obergrenze“ der Bevölkerung abgestimmt. In Deutschland (wir haben derzeit circa 83,5 Millionen) werden in den nächsten zehn Jahren rund vier Millionen Arbeitskräfte fehlen. Die Gründe hierzu sind vielfältig, aber zumeist hausgemacht.

*Das kann nicht gut gehen, vor allem nicht jetzt! Es werden in allen Bereichen der Wirtschaft Ingenieure, Fachkräfte und Auszubildende gesucht. Es fehlen Ärzt*innen und Pflegepersonal; an unseren Schulen hapert es an allen Ecken und Kanten.*

- Wir brauchen eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, aber keine Vier-Tage-Woche.
- Wir brauchen eine leistungsgerechte Entlohnung, keine Minijobs ohne Rentenanspruch.
- Wir brauchen schlankere, bürgernah und verständlich agierende Verwaltungen, keine Regulierungsflut durch immer größere Ministerien.
- Wir brauchen eine bessere Zuwanderungspolitik für alle, die bei uns arbeiten wollen.

Wir vom SoVD setzen uns mit Forderungen an Politik und Verwaltung für unsere Mitglieder ein. Wir haben aber auch eine ganze Reihe an Broschüren mit Hilfestellungen zu vielen Themen wie Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Grundrente und vieles mehr. Diese können Sie sich aus vielen Quellen besorgen, zum Beispiel bei unseren Landesgeschäftsstellen in Kaiserslautern. Sehr viele Informationen bekommen Sie auch hier in der SoVD-Zeitung und auf unseren Webseiten.

Ihr Norbert Weber, Landesvorsitzender

www.sovd-rps.de



Foto: mojolo / Adobe Stock

Fünf Jahre nach der Ahrtal-Flut: Bundesregierung setzt Rahmen für umfassenderen Versicherungsschutz

Bessere Absicherung gegen Elementarschäden

Fünf Jahre nach der Ahrflut sieht die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz (VZ RLP) weiterhin Handlungsbedarf bei der finanziellen Absicherung gegen Elementarschäden. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag einen klaren Rahmen für besseren Schutz vor Naturgefahren festgelegt – entscheidend ist nun die zügige Umsetzung.

Die privaten Versicherungsschäden im Juli 2021 beliefen sich auf insgesamt 8,75 Milliarden Euro. Für den Wiederaufbau unversicherter Immobilien und öffentlicher Infrastruktur stellte der Bund damals 30 Milliarden Euro bereit. Im Dezember 2023 führte Dauerregen in Norddeutschland zu einem bedenklichen Anstieg der Wasserstände, zu Pfingsten 2024 trat die Donau im Süden über die Ufer.

Die Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz hat sich daher im Mai 2025 die Einführung einer flächendeckenden Elementarschadenversicherung für Hausbesitzer*innen vorgenommen. Diese soll einen Versicherungsschutz gegen Elementarschäden wie Hochwasser oder Starkregen bieten.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die Elementarscha-

denversicherung künftig strukturell zu stärken. Geplant ist unter anderem, dass Wohngebäudeversicherungen im Neugeschäft nur noch mit Elementarschutz angeboten werden und bestehende Verträge entsprechend erweitert werden. Ergänzend ist eine staatliche Rückversicherung vorgesehen. Ein vergleichbares Konzept einer solidarischen Pflichtversicherung hatte die VZ RLP bereits im Juni 2024 vorgeschlagen.

„Mit diesen Vereinbarungen liegt ein tragfähiges Konzept auf dem Tisch“, sagt Heike Troue, Vorstandin der VZ RLP. „Für Verbraucher*innen entscheidend ist nun, dass diese Maßnahmen auch umgesetzt werden.“

Durch die Zusammenarbeit von Bund und Versicherungs-

branche würden auch die Steuerzahler*innen erheblich entlastet, da der Staat im Notfall nicht mehr Milliarden aus dem Haushalt bereitstellen müsste. Der Bund würde nur mit einer staatlichen Garantie für die Differenz einspringen, wenn eine besonders extreme Katastrophe die Kapazitäten der Versicherungen übersteigt.

„Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Extremwetterereignisse ist es wichtig, diese Lücke zeitnah zu schließen“, erläutert True. Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung liegt nun auf der Bundesebene. Das vorgesehene Modell – mit verpflichtendem Elementarschutz in Neuverträgen, der Einbeziehung bestehender Versicherungen sowie einer staatlichen Rückversicherung – bietet eine nachhaltige Grundlage



Foto: daniel / Adobe Stock

Nach Hochwasser-Katastrophen bleiben immense Schäden an Landschaft und Häusern zurück.

für einen besseren Schutz. Aus Sicht der VZ RLP braucht es nun:

- Die zügige Umsetzung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Regelungen
- Solidarisches Versicherungsmodell mit staatlicher Absicherung
- Bezahlbarer Zugang zu Elementarschutz

- Klare und verständliche Regelungen für Verbraucher*innen.

Fazit: Fünf Jahre nach der Ahrflut besteht aus Sicht der VZ RLP die Chance, zentrale Lehren aus der Katastrophe nachhaltig umzusetzen und den finanziellen Schutz für Verbraucher*innen spürbar zu verbessern. *Quelle: VZ RLP*

Termine

Ortsverbände Homburg-Saarbrücken und Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler

Vorschau:

2. September, 10 Uhr: Teilnahme am Memorytag in St. Ingbert, Fußgängerzone.

5. September, 10 Uhr: Teilnahme an „Homburg lebt gesund“, Christian-Weber-Platz.

16. September, 10 Uhr: Teilnahme am Memorytag in Homburg, Christian-Weber-Platz.

Ortsverband Rülzheim

Vorschau:

6. September, Vereinslauf der LG-Rülzheim für Menschen jeden Alters. Der SoVD möchte mit möglichst vielen SoVD-Teilnehmer*innen dabei sein.

12. September, 8 Uhr: Tagesausflug nach Freiburg im Breisgau, Treffpunkt: Rathaus, Zwischenstopp mit traditionellem SoVD-Frühstück. Weiterfahrt nach Freiburg in das Stadtzentrum. Nach Ankunft Zeit zur freien Verfügung in der Stadt, Spaziergänge etc. Rückfahrt mit einer Verzeehr- und Trinkpause, circa 19.45 Uhr Ankunft in Rülzheim.

Alle weiteren Infos dazu unter: www.sovd-ruelzheim.de oder per E-Mail an: ruelzheim@sovdrps.de.

Glückwünsche



ortis / Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im Juli und im August Geburtstag haben, gratuliert der Landesverband recht herzlich und wünscht ihnen alles Gute und Gesundheit.

Aus technischen Gründen muss die Nennung der einzelnen Geburtstage leider entfallen.

Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern unter Tel.: 0631/73 657. Dort nennt man Ihnen den*die zuständige*n Berater*in.

Zur groben Orientierung über die Zuständigkeiten:

- In **Bad Kreuznach** findet eine monatliche Sprechstunde jeden letzten Mittwoch im Monat, nach vorheriger Terminvereinbarung im Lotte-Lemke-Haus, Saline-Theodorshalle 22 statt.
- In **Bingen**, Saarlandstraße 30, finden Sprechstage dienstags, mittwochs und donnerstags nach vorheriger Terminvereinbarung statt.
- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinland-Pfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- In **Germersheim** findet eine Sprechstunde nach Terminvereinbarung in der Bergstraße 21 statt.
- In **Rülzheim** findet einmal im Monat eine Sprechstunde, im barrierefreien Rathaus, Deutschordensplatz 1, nach Terminvereinbarung statt.
- Für die **Region Saar-Pfalz**

steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Keller unter Tel.: 06351/13 14 141 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova unter Tel.: 0151/43 13 59 02 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
 - In **Bad Kreuznach** findet eine monatliche Sprechstunde jeden letzten Mittwoch im Monat, nach vorheriger Terminvereinbarung im Lotte-Lemke-Haus, Saline-Theodorshalle 22 statt.
 - Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
 - Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr unter Tel.: 0151/43 10 67 54 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen. Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite, zum Beispiel Gabriele Schep-

pelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58 sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e.V. Sozialrechtsberatungen vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an.

Sozialrechtsberater Sven Keller steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich. Sprechstage werden nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98 abgehalten; Änderungen vorbehalten.

Spiesen-Elversberg: 8. Juli und 5. August, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 8. Juli und 5. August, 13.30–16 Uhr, AWO Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10.

Nonnweiler: 22. Juli und 19. August, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim (das Sozialbüro ist links), Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 22. Juli und 19. August, 14–16.30 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

Die Kürzungsmaßnahmen der Landesregierung gefährden Teilhabe und Inklusion

Landesbeauftragte eingespart?

Kaum im Amt, sucht die Landesregierung bereits nach Einsparpotenzialen. Sparen mag legitim sein. Wer jedoch bei den Rechten und der politischen Vertretung von Menschen mit Behinderungen kürzen will, setzt ein fatales Zeichen. Für den SoVD ist klar: So darf Politik nicht gemacht werden!

Die neue Landesregierung hat angekündigt, alle Landesbeauftragten auf den Prüfstand zu stellen. Damit gerät auch die Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen ins Visier. Der öffentliche Protest dagegen ist berechtigt und notwendig – nicht nur aus Sicht des SoVD, sondern aus Sicht vieler Verbände, Initiativen und Betroffener.

Seit die möglichen Pläne bekannt wurden, schweigt die Landesregierung. Doch Schweigen ist keine Entwarnung. Solange keine unmissverständliche Absage erfolgt, bleibt die Sorge bestehen, dass aus einem fragwürdigen Gedankenspiel politische Realität werden könnte.

Der SoVD erwartet eine eindeutige und öffentliche Klarstellung, dass diese Überlegungen endgültig vom Tisch sind. Die Abschaffung der Behinderungsbeauftragten wäre nicht nur ein schwerer politischer Fehler, sondern ein Angriff auf Teilhabe, Mitbestimmung und demokratische Repräsentation.

Die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen ist weit mehr als ein symbolisches Amt. Sie ist unabhängige Ansprechpartnerin, kritische Kontrollinstanz und eine starke politische Stimme für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Wer dieses Amt abschaffen will, baut keine Bürokratie ab – sondern Schutz, Beteiligung und Sichtbarkeit.

Damit riskiert die Landesregierung, dass die Anliegen von



Foto: Wolfilser / Adobe Stock

Die Landesregierung soll die Notwendigkeit aller Landesregierung prüfen. Damit ist auch das Amt der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung gefährdet.

Menschen mit Behinderungen politisch weiter an den Rand gedrängt werden. Gerade weil es noch immer massive Barrieren in Bildung, Arbeitswelt, Mobilität, Wohnen und Gesundheitsversorgung gibt, ist eine starke Interessenvertretung unverzichtbar. Wer Inklusion ernst meint, darf ihre institutionellen Grundlagen nicht demontieren.

Für den SoVD ist die geplante Abschaffung deshalb ein verheerendes politisches Signal. Einerseits wird öffentlich über Teilhabe, Gleichberechtigung und Inklusion gesprochen, andererseits sollen ausgerechnet die Strukturen geschwächt werden, die diese Rechte sichern. Das widerspricht nicht nur dem Anspruch einer sozialen und inklusiven Gesellschaft, sondern auch den Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskon-

vention. „Wer die Stimme von Menschen mit Behinderungen aus politischen Entscheidungsprozessen drängt, beschädigt das Vertrauen in die Demokratie. Teilhabe braucht starke Strukturen – keine Sparpolitik auf Kosten der Betroffenen“, erklärt die Landesvorsitzende des SoVD Baden-Württemberg, Gabriele Katzmarek.

Der Landesverband fordert die Landesregierung auf, diese Pläne unmissverständlich zurückzunehmen und stattdessen die Beteiligungsrechte von Menschen mit Behinderungen konsequent zu stärken. Eine soziale und moderne Politik zeigt sich nicht in der Schwächung von Interessenvertretungen, sondern darin, dass sie Rechte schützt, Mitsprache sichert und gleichberechtigte Teilhabe möglich macht.

Editorial

Liebe Mitglieder,



Gabriele Katzmarek

„Armut bekämpfen, soziale Sicherheit stärken“ ist und bleibt das Ziel eines Sozialstaates. Doch im Augenblick muss man den Eindruck gewinnen, dass dieses Ziel in weite Ferne gerückt ist. Kein Tag vergeht, ohne dass Kürzungen im sozialen Bereich unter den Deckmantel notwendiger Reformen verkündet werden.

Deutschland gehört zu den wirtschaftsstärksten Ländern der Welt. Dennoch wächst die Armut in unserem Land. Millionen Menschen kämpfen mit steigenden Lebenshaltungskosten, niedrigem Einkommen und unzureichenden Renten. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Erwerbslose sowie immer mehr Rentner*innen.

Wir als SoVD fordern deshalb eine konsequente Bekämpfung von Armut. Soziale Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Notwendig sind faire Löhne, bezahlbarer Wohnraum und eine soziale Absicherung, die Menschen vor Armut schützt.

Ein zentraler Baustein ist eine gerechte Rentenreform. Wer jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter von seiner Rente leben können. Altersarmut ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck politischer Fehlentwicklungen. Die gesetzliche Rentenversicherung muss gestärkt und langfristig auf ein armutsfestes Niveau gebracht werden.

Mit Sorge beobachten wir zugleich den fortschreitenden Sozialabbau. Kürzungen bei sozialen Leistungen treffen häufig diejenigen, die ohnehin wenig haben. Statt Leistungen abzubauen, müssen soziale Sicherungssysteme modernisiert und bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Ein starker Sozialstaat ist keine Belastung, sondern eine Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Angesichts zunehmender Hitzewellen gewinnt auch der Hitzeschutz im Sommer an Bedeutung. Besonders ältere Menschen, chronisch Kranke und Menschen mit Behinderungen sind von hohen Temperaturen betroffen. Bund, Länder und Kommunen müssen wirksame Hitzeschutzmaßnahmen umsetzen – von ausreichend kühlen Aufenthaltsräumen über Trinkwasserangebote bis hin zu besseren Schutzkonzepten in Pflegeeinrichtungen.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet, Menschen in allen Lebenslagen zu unterstützen. Wir als SoVD setzen uns weiterhin dafür ein, Armut zu bekämpfen, die Rente zu sichern, Sozialabbau zu verhindern und den Gesundheitsschutz angesichts des Klimawandels zu stärken.

Wir, der Landesvorstand sowie die Geschäftsstelle mit ihren Mitarbeiter*innen, wünschen Ihnen unabhängig von der Entwicklung eine schöne Sommerzeit – und bleiben Sie gesund!

**Ihre Gabriele Katzmarek,
1. Landesvorsitzende**

Personalien

Kerstin Tinter wurde auf der Landesvorstandssitzung am 18. Mai einstimmig zur 2. Landesvorsitzenden gewählt. Die bisherige 2. Landesvorsitzende Ursula Bäuerlein will weiterhin den Landesvorstand als Beisitzerin unterstützen.

Kerstin Tinter, die vor ihrem Vorruhestand eine verantwortliche Position bei einem international agierenden Unternehmen des IT-Branche innehatte, engagiert sich bereits seit län-

gerer Zeit im Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim. Hier will sie sich bei der nächsten Hauptversammlung bei den Wahlen als 1. Ortsvorsitzende aufstellen lassen und Ursula Bäuerlein, die aus Altersgründen nicht mehr kandidieren möchte, ablösen.

Der Landesverband freut sich über diese tatkräftige Verstärkung des Vorstandsteams und wünscht Kerstin Tinter gutes Gelingen und viel Erfolg.



Kerstin Tinter

Termine

Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim

17. bis 23. Juli: sechstägige Busreise nach Büchelberg bei Passau ins Hotel Beinbauer (www.hotel-beinbauer.de). Es sind noch einige Zimmer frei – auch für Nichtmitglieder. Preise im Doppelzimmer: 780 Euro inklusive Halbpension und umfangreichem Ausflugsprogramm (Einzelzimmer-Zuschlag: 90 Euro). Es sind Ausflüge nach Altötting und Passau, eine große Rundfahrt im Bayerischen Wald, eine Schifffahrt auf dem Moldaustausee sowie weitere Highlights geplant.

Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung bitte direkt über Jahnke Reisen, Hockenheim, Tel.: 06205 / 48 68 oder per E-Mail an: buero@jahnke-reisen.de, unter Angabe der Reisesnummer 26 / 495.

Glückwünsche



Foto: Piotr Krzeslak/Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im Juli und August Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Zugleich wünschen wir den kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

Aus technischen Gründen können die individuellen Geburtstage diesmal leider nicht erscheinen.

Sprechstunden

Eine persönliche Sozialberatung findet in den Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialberater*innen statt. Neben telefonischer Beratung sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online-/Video-Beratungen möglich. Aufgrund derzeit eingeschränkter Kapazitäten können wir eine zeitnahe Erledigung rechtlicher Angelegenheiten (Anfragen zu Rechtsberatungen/-vertretungen) nicht gewährleisten.

Mit einer Bearbeitungszeit von mehreren Wochen müssen Ratsuchende momentan leider rechnen. Bei Abschluss einer Mitgliedschaft bitten wir dies zwingend zu berücksichtigen.

Sozialberatung in Albstadt / Raum Bodensee-Alb

Die persönliche Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt am dritten Donnerstag im Monat von 10 bis 16 Uhr, nur nach vorheriger Terminvereinbarung bei Beraterin Christine Weidenauer unter Tel.: 0176 / 40 13 99 50.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Terminvereinbarungen erfolgen über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621 / 84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Terminvereinbarungen erfolgen über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621 / 84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung in Mannheim

Die Sozialberatung findet in der Windeckstraße 9 in 68163 Mannheim statt, nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621 / 84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung im Ortsverband Höpfigen / Raum Neckar-Odenwald

Eine Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621 / 84 14 172, oder Karin Lokotsch, Tel.: 06283 / 54 39. Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag im Monat von 10 bis 11.30 Uhr im Landgasthof „Zum Ochsen“, statt, Heidelberger Straße 18 in 74746 Höpfigen. **Nächste Termine: 10. Juli und 21. August.**

Sozialberatung im Ortsverband Hockenheim

Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats (außer im August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621 / 84 14 172. **Nächster Termin: 29. Juli.**

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden jeden Mittwoch von 10 bis 16 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heschl, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart statt. Bitte unbedingt vorher einen Termin über die Landesgeschäftsstelle vereinbaren unter Tel.: 0621 / 84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die Terminvereinbarung zur telefonischen Sozialberatung findet unter Tel.: 0621 / 84 11 172 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68163 Mannheim unter der gleichen Telefonnummer zur Verfügung.

Baden-Württemberg hat im Ländervergleich sehr hohe Kosten bei Heimplätzen

Pflege wird zum Armutsrisiko

Wer in Baden-Württemberg ins Pflegeheim muss, zahlt so viel wie fast nirgends sonst in Deutschland. Mehr als 3.500 Euro Eigenanteil im ersten Jahr, dazu hohe Zusatzkosten – für viele Familien wird Pflege damit zur Existenzfrage. Und obwohl die Politik seit Jahren Reformen ankündigt, bleibt schnelle Entlastung weiter aus.

Eine Frau aus dem Raum Stuttgart erzählt, wie aus der Suche nach einem Pflegeplatz für ihre Mutter binnen Tagen ein finanzieller Notfall wurde. Für die Mutter ist endlich ein Heimplatz gefunden – doch nach Rente, Pflegeversicherung und Ersparnissen bleibt Monat für Monat eine Lücke von weit über 2.000 Euro. Jetzt geht es nicht mehr nur um gute Betreuung, sondern um die bange Frage, wie lange das Ersparte noch reicht, bevor das Vermögen aufgezehrt ist und der Weg zum Sozialamt droht.

Ein Heimplatz in BW kostet besonders viel

Baden-Württemberg gehört weiterhin zu den teuersten Ländern bei der stationären Pflege. Nach aktuellen Auswertungen des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) lag die Eigenbeteiligung im ersten Jahr eines Heimaufenthaltes zum Jahresbeginn 2026 bei rund 3.532 Euro im Monat. Damit liegt das Land deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 3.245 Euro. Ursache sind vor allem hohe pflegebedingte Eigenanteile, vergleichsweise hohe Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie erhebliche Investitionskosten.

Zwar sinkt der Eigenanteil mit längerer Aufenthaltsdauer durch die gesetzlich vorgesehenen Zuschläge der Pflegekassen. Dennoch bleibt die Belastung hoch: Selbst nach mehr als drei Jahren im Heim müssen Menschen in Baden-Württemberg im Schnitt noch deutlich über 2.000 Euro pro Monat selbst aufbringen. Der SoVD-Landesverband Baden-Württemberg sowie weitere Sozialverbände und Wohlfahrtsorganisationen warnen deshalb seit längerem, dass Pflegebedürftigkeit zunehmend zum



Foto: jovannig/Adobe Stock

Stationäre Pflege wird in einer alternden Gesellschaft für immer mehr Menschen nötig, aber für immer weniger bezahlbar sein.

Armutsrisiko wird und mehr Menschen auf „Hilfe zur Pflege“ angewiesen sind.

Im Ländervergleich fällt der Südwesten zurück

Ein Blick auf die Länderdaten zeigt, wie stark sich die finanzielle Belastung in der stationären Pflege regional unterscheidet (siehe www.vdek.com/content/dam/vdeksite/vdek/presse/pm/2026/01_2026_Grafiken_Eigenanteile.pdf). Besonders aussagekräftig ist der Vergleich des Eigenanteils im ersten Aufenthaltsjahr und der Investitionskosten, die von den Ländern sehr unterschiedlich gefördert werden.

Der Vergleich macht zweierlei deutlich: Baden-Württemberg liegt beim gesamten Eigenanteil im ersten Aufenthaltsjahr klar über dem Bundesdurchschnitt, bei den Investitionskosten aber weit unter dem Bundesdurchschnitt. Auch bei den Unterkunfts- und Verpflegungskosten ist Baden-Württemberg Spitzenreiter.

Die Mehrbelastung landet in diesem Bundesland direkt bei den Heimbewohner*innen.

Politisch ist das für Baden-Württemberg mehr als heikel: Das Land zählt bei den Heim-

kosten zu den teuersten Ländern in Deutschland, gehört bei der öffentlichen Förderung der Investitionskosten aber eher zu den Schlusslichtern. Das ist ein klares Versäumnis der Landespolitik, weil ein zu großer Teil der Kosten bei den Pflegebedürftigen und ihren Familien landet. Die Landesregierung kann zwar auf einzelne Förderprogramme verweisen, doch reichen diese nicht aus, um die stationäre Pflege spürbar zu entlasten.

Die SoVD-Landesvorsitzende Gabriele Katzmarek stellt klar: „Es ist ein sozialpolitischer Skandal, dass Pflegebedürftige in Baden-Württemberg zu den höchsten Heimkosten im Land herangezogen werden, während die öffentliche Förderung nicht Schritt hält. Wer ein Leben lang gearbeitet und vorgesorgt hat, darf im Pflegefall nicht vor der Wahl stehen, erst das Ersparte aufzubrechen und am Ende doch beim Sozialamt zu landen.“

Viel Druck, aber wenig Entlastung

In Baden-Württemberg ist die Situation besonders brisant, denn hohe Heimkosten treffen auf eine alternde Gesellschaft, wachsenden Personalbedarf und eine Förderung, die viele Fachleute für unzureichend halten. Der politische Handlungsdruck ist groß. Hinzu kommt die von der Bundesregierung angekündigte Pflege-reform, die weitere Belastungen für Pflegebedürftige und ihre Familien vorsieht. Für viele Betroffene bleibt Pflege damit vorerst vor allem eines – teuer. Deshalb macht der SoVD-Landesverband Baden-Württemberg deutlich: „Pflege darf nicht zum Ticket ins Sozialamt werden!“

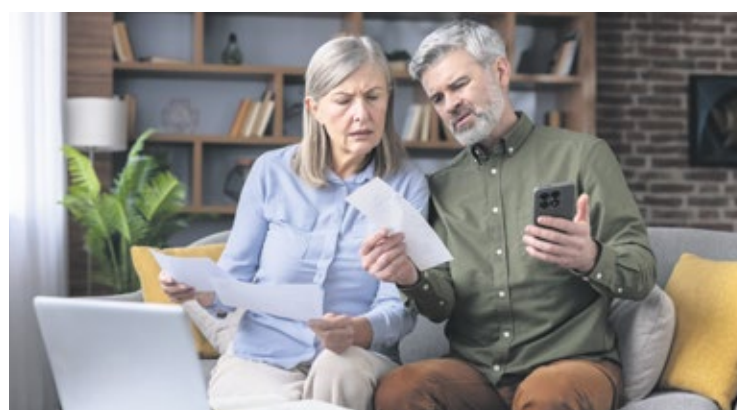


Foto: Liubomir/Adobe Stock

Wer eine*n Angehörige*n im Pflegeheim unterbringt, muss durch die hohe Zuzahlung oft finanzielle Schwierigkeiten lösen.